

Hartz IV goes Europe

EU-Kommission will Mitgliedstaaten im Tausch gegen Sozialabbau mit Geld belohnen. Deutschland gibt die Marschrichtung vor.

Von Ralf Wurzbacher

Kürz´die Renten im Land, dafür bewahren wir dich vorm Staatsbankrott! Die gegen Hellas unter dem Label „Griechenlandrettung“ exerzierte Deregulationskampagne der „Troika“ aus Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds (IWF) und der EU-Kommission wird zum Modell für ganz Europa. Das jedenfalls ist der Plan der Brüsseler Bürokraten und ihrer Lenker in den Konzernzentralen. Ihr Vorhaben ist so perfide wie desaströs: Wer sich als EU-Mitglied willig zeigt, den eigenen Sozialstaat zu schleifen, soll dafür mit Finanzhilfen belohnt werden. Wer sich weigert, geht leer aus und muss zusehen, wie die heimische Wirtschaft vom Klub der Willigen kaputtkonkurriert wird.

Das Internetportal *Blickpunkt Wiso* hat die Vorgänge am Donnerstag unter dem Titel „Troika für alle?“ publik gemacht. In ihrem Beitrag hält Autorin Anne Karrass vom EU-Verbindungsbüro der Gewerkschaft Verdi fest: „Wenn ein Mitgliedstaat sich auf bestimmte Reformen verpflichtet und diese mit der Kommission vertraglich festhält, bekommt er nach erfolgreicher Umsetzung Mittel aus dem EU-Haushalt.“ Dabei sollen sich die erwünschten Veränderungen „explizit“ auf solche Bereiche erstrecken, „die in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten liegen, wo die EU somit kein Mitspracherecht hat“. Das zeugt fast schon von krimineller Energie: Da, wo Brüssel gemäß EU-Verträge formal nicht mitmischen kann und darf, soll mit Geld nachgeholfen werden. Im Strafgesetzbuch läuft so etwas unter Bestechung oder, falls wegen fehlender Gefolgschaft Nachteile erwachsen, unter Erpressung.

Natürlich steht das so nicht in den offiziellen Verlautbarungen. Tatsächlich findet sich das Konzept im sogenannten Nikolauspaket zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion vom 6. Dezember 2017. Ganz unten im Stiefel versteckt es sich hinter dem sperrigen Titel: „Vorschlag zur Veränderung der Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen für die europäischen Struktur- und Investitionsfonds (Dachverordnung)“. In

ihren Ausführungen schreibt die Kommission über ein „Instrument“ (...), das auf Reformen Anwendung findet, die auf EU-Ebene erörtert wurden und zu deren Umsetzung sich die Mitgliedstaaten durch die Vereinbarung sogenannter „Reformzusagen“ verpflichtet haben“. Mit „eigenen Haushaltsmitteln“ ausgestattet, wolle man damit EU-Ländern „Unterstützung“ bieten, und sicherstellen, dass sie „diese Reformen eigenverantwortlich betreiben“.

Das fragliche Papier empfiehlt eine „breite Palette von Reformen (...), die die Widerstandsfähigkeit der einzelnen Volkswirtschaften am meisten stärken und positive Spill-over-Effekte auf andere Mitgliedsstaaten haben können“. Dazu zählten die Liberalisierung der „Produkt- und Arbeitsmärkte, Steuerreformen, der Ausbau von Kapitalmärkten, Reformen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen sowie Investitionen in Humankapital und Reformen der öffentlichen Verwaltung“. Weiter ist die Rede von „mehrjährigen Reformzusage-Paketen“ mit „eindeutigen Etappenzielen und Zielvorgaben“, die in nationaler Verantwortung auszuarbeiten wären. In der Folge werde dann ein „Betrag“ festgelegt, der in „angemessenem Verhältnis zur Art und zum Umfang der jeweiligen Reform stehen“ würde. Sobald diese „vollständig umgesetzt“ sei, „soll die Unterstützung in voller Höhe ausgezahlt werden“.

Für den Bremer Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel sind die Pläne Teil der Bemühungen von Paris und Berlin, „mit der Forcierung der EU-Wirtschaftsunion zu punkten“. Das Muster der Troika-Politik gegenüber Athen solle „künftig für die EU-Wirtschaftsunion verallgemeinert werden“, (...). Geld gebe es nur, wenn vor allem die Arbeitsmärkte und das Sozialsystem der Gewinnwirtschaft untergeordnet werden, zum Beispiel im Tausch gegen die Senkung des Mindestlohns oder den Abbau der gesetzlichen Alterssicherung. „Das ist ökonomisch dumm, sozial unverantwortlich und politisch ein Skandal“, befand der Ökonom.

Der Vorstoß der Kommission knüpft an frühere Bestrebungen – vorneweg Deutschlands – zur Errichtung einer EU-Wirtschaftsregierung an. Auch nach dem von Angela Merkel (CDU) schon 2011 präsentierten „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ sollten sich die EU-Staaten zu Sozialkürzungs- und Liberalisierungsmaßnahmen verpflichten und bei Vollzug dafür honoriert werden. Unter anderem wollte die Bundeskanzlerin eine flächendeckende „Schuldenbremse“ nach deutschem Vorbild etablieren. Allerdings stießen die Pläne seinerzeit bei Mitgliedsländern sowie bei Gewerkschaften auf starken Protest und mussten zunächst fallengelassen werden.

Für ihren neuen Anlauf will die Kommission schnellstens Fakten schaffen. Schon zur Jahresmitte solle ihr Gesetzentwurf von EU-Rat und EU-Parlament verabschiedet werden, schrieb *Blickpunkt Wiso*. Gleich anschließend sollen „die wichtigsten Elemente des Instruments“ im Zeitraum 2018 bis 2020 in einer „Pilotphase“ getestet werden. Finanzökonom Hickel wird dabei mulmig: „Durch die beschleunigte Ausbreitung sozialer Ängste wird die Kommission zum Totengräber Europas.“